

# Der Prozeß Erzberger-Helfferich.

(Eigener Drahtbericht der „Dressd. Nachrichten“)

(Fortsetzung aus dem Vorabendblatt.)

Berlin, 17. Febr. Helfferich (fortfahrend): Dima Strauß ist aber nicht nur aktiver Teilhaber der Firma, sondern auch aktiver und sogar sehr aktiver Regierungsrat im preussischen Staatsministerium, wo er dem Staatskommissar für öffentliche Sicherheit zugeordnet ist. Die Kompetenzen dieses Herrn sind außerordentlich weitreichend, reichen auf jeden Fall über das Gebiet der öffentlichen Sicherheit hinaus, auf Gebiete, die für die Bekämpfung der Firma Wolff von größter Wichtigkeit sind.

Herr Dima Strauß verdankt diese Doppelfunktion seinen engen Beziehungen zu Erzberger, und die Firma Wolff verdankt ihre bevorzugte Stellung wiederum der Doppelfunktion ihres Teilhabers Dima Strauß. Die sehr diese Doppelfunktion, die Herr Strauß Herr Erzberger verdankt, der Firma Otto Wolff zugute gekommen ist, will ich nur mit wenigen Worten andeuten: Die Firma Otto Wolff machte, wie erwähnt, vorzugsweise Auslandsgeschäfte. Sie exportierte nicht nur, sondern sie hat auch wichtige Niederlagen im Auslande errichtet, so z. B. in der Schweiz die Eisen- und Metall-Artikelfabrik, der man in einflussreichen Kreisen den Zweck zuschreibt, die einheitliche Regelung der Auslandsverkäufe, wie sie nicht nur der Stahlwerksverband, sondern auch einige Stellen unserer Regierung — eine einheitliche Regierung haben wie ja schon längst nicht mehr — anzustreben, zu durchkreuzen. Die Firma soll gegen den Willen amtlicher Stellen ihre Ausfuhr betätigen. Alle die Schwertfeiten, die für andere Firmen beim Export nach dem Ausland und bei der Befestigung im Ausland sich leisten, wie z. B. die Beschaffung der Auslandsplätze, der Ausfuhrbewilligungen usw. Alles das erledigte sich für die Firma Otto Wolff im Spiel und sogar beim Spiel, denn ihr Teilhaber Strauß ist an der Quelle, wie nur je einer an der Quelle ist. Es handelte sich um Dinge, die er, wie z. B. die Ausfuhr der Auslandsplätze, innerhalb seiner eigenen Kompetenz erledigen konnte. Da sonst Herr Strauß aus erster Hand über alle für die Auslandsplätze entscheidenden wichtigen Informationen politischer Natur verfügte, so liegt auf der Hand, daß schon allein dadurch seine Firma einen gewaltigen Vorsprung vor jeder anderen hatte.

Diesem Zustand duldete der Reichsfinanzminister Erzberger nicht nur, er hat ihn sogar geschaffen.

und mehr als das. Ich erinnere daran, wie Herr Erzberger als Abgeordneter und Tammischer Aufsichtsrat nur ein sehr laues Interesse für Ausfuhrerlöse zeigte und wie dann derselbe Abgeordnete, als er nicht mehr Tammischer Aufsichtsrat war, plötzlich eine nicht zu bändigende Schindler danach erwarb. Heute ist der Abgeordnete von damals Reichsfinanzminister, und seine pflichtgemäße Forderung für die schmerzliche Reichsrente läßt, wie es lautet, ohne alle großen Schwermere, daß die Ausfuhrerlöse in Höhe von 100 Millionen der ihm befreundeten Firma Otto Wolff zufallen.

Gehemmt v. Gordon: Aber das ist ja ein vollständiges Mißverhältnis.

Helfferich: Ich bitte Excellenz, sich länger zu fassen.

H. v. Albers: Diese Ausführungen sind durchaus nötig, um den Sachverhalt darzustellen.

Helfferich (fortfahrend): Der Herr Otto Wolff ist damit noch nicht erschöpft. Es gibt ein Gesetz über die Beherrschung der sogenannten Kriegsgewinne, das am 1. Januar 1914 bis zum 30. Juni 1915 erlassen worden ist, nur 12.000 Mk. in den Händen der Kriegs- und Revolutionsgewinnsteuer läßt. Man sollte also annehmen, daß auch die Firma Wolff von ihren Millionen, wenn sie bis zum 30. Juni v. J. erzielt worden sind, alle bis auf einen kümmerlichen Rest werden herausgerückt müssen. Die Firma Otto Wolff den Strauß hat gar nicht daran, denn sie investiert ihre Millionen, abgesehen von ihren ausländischen Grundbesitz, im Ankauf von Aktien industrieller Werke in einem Umfange, der in den Kreisen unserer Eisenindustrie geradezu sensationell ist. — H. v. Albers: Wie ist nun Herr Erzberger hieran beteiligt? — Helfferich: Darauf komme ich sofort.

Die Firma richtet sich also gar nicht darauf ein, ihre Millionenungewinne zur Abführung an das Reich flüssig zu machen. Ich nehme an, daß dies mit Wissen des Herrn Erzberger geschieht.

H. v. Albers: Was sollte Herr Erzberger nun dagegen tun? — Helfferich: Das Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer gibt in einem Punkte dem Reichsfinanzminister eine sehr wichtige Befugnis: Für gesundheitliche Zwecke die sogenannten Kriegsgewinnsteuer im Gegenseite zum Reichsmonopole — innerhalb einer sehr kurzen bemessenen Frist — nämlich innerhalb von neun Monaten nach Aufstellung des Steuerbescheides zu beschließen. Aber wir haben ja gestern beim Falle Angele gesehen, daß der Herr Nebenkläger ein Auge davor für Ausnahmen hat.

Der demokratisierende und forumpromovierende Einfluß der Doppelfunktion des Herrn Geheimrats Strauß wird noch erheblich verstärkt durch die Art des amtlichen und privaten Verkehrs, die zwischen den Inhabern der Firma Otto Wolff und Männern, die an der Spitze unserer Reichs- und Staatsbehörden stehen, eingetretten ist. Was sich aus dieser Art geistigen Verkehrs in Umgangformen auch für den amtlichen Verkehr entwickelt hat, spürt jeder Beschreibende und muß notwendigerweise dahin führen, in der Beamtenwelt einen Respekt vor den höchsten Vorgesetzten, jede Autorität und Disziplin zu untergraben. Es sind Zustände, bei denen man sich für die Beteiligten vor den Reklamen und Bedenken, die das mit einziehen, in Grund und Boden schämt. — H. v. Albers: Und inwiefern hat der Reichsfinanzminister damit zu tun? — Helfferich: Ich kann ja auch noch, wenn es gewünscht wird, die Namen dieser wegen Aufhebung des Königs Artus, an der ja auch Herr Erzberger beteiligt ist, nennen. — Erzberger: Ist es dem Angeklagten denn unbekannt, daß während des Krieges die Dampfaberica-Vente im „Kaiserhof“ andauernd offen verhandelt, an denen der Reichsfiskus, Staatssekretär Helfferich und viele hohe Beamte und Offiziere teilgenommen haben? — Helfferich (erregt dazwischenrufend): Ich vermittele mir diesen Veraleiß! Ich habe an diesen Offizieren jeden Sonntag im „Kaiserhof“ partiiert, nur ganz selten teilgenommen und bin im übrigen jeder Einladung aus dem Wege gegangen. — Erzberger (fortfahrend): Ich möchte auch noch auf die engen Beziehungen hinweisen, die zwischen der Regierung und den Männern der Industrie, wie Krupp und Siemens, mit ihren Millionenverdiensten bestanden haben. Besonders der letztere ist bei Excellenz Helfferich ein- und ausgegangen.

H. v. Albers: Sie hatten Sie denn gar keine Bedenken, daß der Inhaber einer Firma, die solch große Geschäfte betreibt, auch gleichzeitig Staatsbeamter ist? — Helfferich: Ich habe mich ausschließlich eigenartige Erscheinung!

Erzberger: Ich komme gleich darauf zu sprechen. Die Transaktionen der Firma Wolff kenne ich nicht. Wenn sie nicht ordnungsgemäß waren, dann wäre es doch die Pflicht des Angeklagten als gewissenhafter Staatsdiener gewesen, dem Finanzministerium davon Mitteilung zu machen, damit eine Untersuchung eingeleitet werde. Ich werde hier mit einer Vereinfachung verhandelt, die von einem ehemaligen Vizekanzler geradezu überhöht ist. Es muß wirklich traurig um seine Sache stehen.

H. v. Albers: Excellenz, es hat doch keinen Zweck, derartige Epitheta vorzubringen. Ich möchte bitten, möglichst sachlich zu bleiben.

Rechtsanwalt Friedländer: Wir sind es nun schon gewohnt, daß der Angeklagte mit schriftlichen Erklärungen kommt, die seine Verteidigung sind, sondern wohlwollendere Fälle vorbringen. Wir sind dadurch schon von vornherein diskantiert, weil wir nicht wissen, was der Angeklagte vorbringt. — H. v. Albers: Das weiß ich auch nicht. Ich kann dem Angeklagten nicht das Recht nehmen, Erklärungen abzugeben. — Rechtsanwalt Friedländer: Jedenfalls fällt die Verantwortung für derartige Ausfälle dem Angeklagten zu. — H. v. Albers: Deswegen habe ich die beide Herren gebeten, sich möglichst sachlich zu halten, gerade weil sie solche Gegner sind und wohl auch persönliche Feinde sind. — Helfferich: Ich weiß mich frei von jeder persönlichen Feindschaft.

Erzberger: Ich möchte feststellen, daß ich während meiner Tätigkeit in Weimar niemals der Gast von Strauß gewesen bin. — Der Vorsitzende ersucht hierauf den Rechtsanwältin, am Zeugnis Platz zu nehmen und seine Aussage als Zeuge zu machen. — Erzberger: An der Ernennung des Herrn Dima Strauß zum Geheimen Regierungsrat bin ich vollkommen unbedeutend. Sie ging von der preussischen Regierung aus. Die Firma Wolff ist nie mit einem Wunsch an mich herangetreten. — H. v. Albers: Wie sieht es nun mit den Vorklagen, die die Firma in der Schweiz getroffen haben soll? — Erzberger: Ich erlaube davon heute zum ersten Male. Ich erlaube unter meinem Eid, daß die Firma Wolff weder mündlich noch schriftlich irgendwo im Ausland gemacht habe, daß bei ihr in der Zahlung der Vermögenszuwachssteuer eine Ausnahme gemacht werden sollte. — H. v. Albers: Es ist mir aber schließlich kein Fall sonst bekannt, daß der Inhaber einer Firma nebenbei noch Beamter ist.

Erzberger: Es kommt doch vor, daß Beamte durch Vertrat in diese Lage kommen. — H. v. Albers: Und wie sieht es mit den Vorklagen? — Erzberger: Ich habe in Weimar im Schloß gewohnt und dort fast regelmäßig mein Abendessen eingenommen. Ich war in Berlin einmal der Gast von Wolff. Ich habe mich dann noch wenigen Tagen verabschiedet.

Wie Geheimrat Strauß habe ich wiederholt schriftlich.

Es wurde dabei abweichend bezahlt. Wir besprachen eine Reihe von Dingen, z. B. Maßnahmen, die wegen der Steuerflucht vorzuziehen werden sollten. — Oberstaatsanwalt Krause: Ist es nicht denkbar, daß Sie irgendwelche Ernennungsvorschläge machten. — Helfferich: Baren Sie nicht täglich im Restaurant mit den Herren Berger und Strauß zusammen? — Erzberger: Wir haben uns oft getroffen. Die Herren kamen auch wiederholt in mein Bureau. — Helfferich: Dann bitte ich den Staatskommissar Berger über die Ernennung des Herrn Strauß zu befragen und den Inhaber des Restaurants Heller zu laden, der befunden soll, wie oft die drei Herren dort gefrühstückt haben. — Erzberger: Ich hatte stets mein Zimmer bei Heller allein, wenn ich frühstückte oder Besprechungen hatte. — Helfferich: Bekanden amtliche Beziehungen zwischen dem Staatskommissar v. Berger und dem Herrn Nebenkläger? — Erzberger: Darüber kann ich aus persönlichen Gründen hier nicht auslassen. — Helfferich: Es ist doch ganz klar, daß bei dem Staatskommissar infolge seines Verkehrs mit Herrn Erzberger

auch ein Einfluß auf die Personalfragen ausgeübt wurde. Wenn Herr Erzberger dem preussischen Ministerpräsidenten z. B. gesagt hätte, daß Strauß als ein Mann, der Auslandsgeschäfte betreibt und im Auslande Niederlassungen hat, nicht an diesen Posten gehört, so wäre Strauß niemals in das Amt gekommen. — Erzberger: Ich erlaube nochmals, daß ich gar keinen Einfluß auf die Wahl von Strauß hatte. Herr Strauß hat für die Kapitalkosten wichtige Anrechnungen gemacht. — Helfferich: Wir wissen nun, daß Herr Strauß Maßnahmen gegen die Kapitalflucht getroffen hat. War er als ein Mann, der selbst Kapital im Auslande hatte, der richtige Mann für diesen Posten? — H. v. Albers: Herr Nebenkläger vielleicht bekannt, daß Herr Strauß auch mit der Aufstellung von Auslandsplätzen betraut war? — Erzberger: Das weiß ich nicht. — Rechtsanwalt Albers: Haben Sie Herrn Strauß nicht kurz vor der Unterzeichnung des Friedens gesagt, daß der Friede unter allen Umständen geschlossen werden würde? — Erzberger: Ich kann hier natürlich nicht über die Beschlüsse und Verhandlungen im Kabinett sprechen, sondern nur über die Mittelung, die von einer Firma eine derartige Mittelung haben soll, verheißt ich nicht.

Rechtsanwalt Albers: Ich muß meine Frage wiederholen: Haben Sie kurz vor Friedensschluss gesagt: Der Friede wird unter allen Umständen geschlossen? — Erzberger: Ich habe wohl im Kreise meiner politischen Freunde über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten eines Friedensschlusses gesprochen. — H. v. Albers: Ist Ihnen nicht bekannt, daß

auf Ihre Informationen hin riesige Spekulationen unternommen worden sind?

Für einen Teil der Beier wiederholt. Die polnische Auslieferungsforderungen. Berlin, 16. Febr. Bekanntlich hat sich an der Aufstellung der Auslieferungsforderungen auch Polen beteiligt, das darin nicht weniger als 51 Personen der Kriegsverbrechen beschuldigt hat. Das Polen einen derartigen Schritt tun würde, ist in der polnischen Presse in letzter Zeit schon verschiedentlich angekündigt worden. Diese Nachrichten erschienen aber zunächst kaum glaubhaft, da Polen in aller Form auf seine sich auf den Art. 228 bis 230 des Friedensvertrages ergebenden Rechte verzichtet hat. Der deutsch-polnische Annexionvertrag vom 1. Oktober bestimmt nämlich in Art. 6, daß jedem verurteilenden Teile volle Straffreiheit für alle vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages gerichtliche oder diplomatische Straftaten gewährt wird, die auf militärische, politische oder nationale Betätigung ausgingen, die zum Abschluß des Vertrages führten, die Frage der Ausdehnung auf demselben Militärs

unseren eigenen Berichten und freier Ueberzeugung schuldig gesprochen worden sind, der Nemesis entziehen möchten. Darüber kann die Entente also ganz beruhigt sein. Ebenso wenig aber wird auch irgendeinem Deutschen, den das deutsche Gericht nach bestem Wissen und Gewissen als nicht schuldig befand, ein Dorn gesteckt werden, und wenn von gegnerlicher Seite noch so viel verneinliches Schandmaterial gegen ihn aufgeschüttet worden ist. Darauf kann die Entente sich ebenfalls verlassen.

Die Note an Holland beweist durch die auffällige Schwäche ihrer Begründung aus neue in einer für ihre Urheber geradezu verblüffenden Art die völlige rechtliche Unhaltbarkeit des von der Entente mit Bezug auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrages. Die immerhin Folgen des Weltkrieges, die gewiss jeder Menschensinn auf das tiefste bedauert, werden in knapper Zusammenfassung aufgeführt und dann wird im Zusammenhang damit der holländischen Regierung die Fülle reich gemacht, daß sie der Mann, der all dieses Elend verurteilt habe, unter ihre Fittiche zu nehmen und dadurch die Grundzüge der Verantwortlichkeit und der Menschlichkeit zu verletzen mag! Auch sein die Entente sich hart verknüpfte darüber, daß in der holländischen Antwort kein einziges Wort des Tadels gegen die Vergehen des Erzbergers zu finden ist. Man ist ja nachgerade hartem Tadel von Seiten der Entente in ihren Kreisen gewohnt, aber daß sie so einseitig und öffentlich Kritik unterbreitet, das ist denn doch immerhin erstaunlich. Für das Unglück des Weltkrieges, den bekanntlich nicht Personen, sondern zwingende Verhältnisse in der gesamten politischen und wirtschaftlichen Gruppierung Europas herbeigeführt haben, ausgerechnet als einzigen Schuldigen Wilhelm II. verantwortlich machen zu wollen, ist ein Verfahren, von dem man nur sagen kann: „Mistun, du siehst!“ Es ist aber nicht nur Mistun, sondern auch trasse Bosheit und bewusste Verleumdung, die dabei in die Erscheinung treten; denn es ist allbekannt, daß Kaiser Wilhelm II. bis zum letzten Augenblick ehrlich bestrebt gewesen ist, den Frieden seinem Volke und der Welt zu erhalten, und daß seine lokalen Bemühungen an dem hartnäckigen Kriegswillen seiner Gegner gescheitert sind. Was an Schuld in dem Verhalten Wilhelms II. überhaupt zu finden ist, gehört lediglich vor den Richterstuhl der geschichtlichen Kritik, aber nie und nimmer hat sich damit irgendein Geschichtsbuch der Welt zu befassen. Die holländische Regierung hat denn auch nicht daran gedacht, und wird trotz aller Drohungen der Entente nicht daran denken, die Heiligkeit des Anrechts preiszugeben und den Völkern der Welt seiner nachlässigen Feinde auszuliefern. Im Haag wird man wohl auch bestrebt den Kopf schütteln ob der ungeschicklichen Wendung in der Note, die das Erbarmen darüber ausdrückt, daß Holland kein Wort des Tadels gegenüber dem Erzberger gefunden habe. Die Haager Regierung kennt zu genau ihre Pflichten als Vertreterin eines neutralen Staates, um sich zu einer Handlungswiese herbeizulassen, die mit wahrhaft neutraler Gesinnung nicht zu vereinbaren wäre. In der ganzen Angelegenheit hat die holländische Regierung in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung ihres Landes von Anfang an eine so tadellose, vom feinsten internationalen Takt geleitete Haltung eingenommen, daß ihr der Tadel der gesamten Welt nicht zugefügt werden dürfte. Um so schmerzlicher ist es für die Entente, daß sie einem solchen Staate gegenüber plumbe Drohungen ausstößt, die unterliegt, von denen sie doch genau wissen muß, daß sie im Haag keinen Eindruck machen. Hollands Neutralität gegenüber der Entente in eine große sittliche Tat, weil sie aller Welt klar macht, daß Gewalt doch nicht vor Recht geht, sondern daß Recht Recht bleiben muß, sofern nur seine Verteidiger aufrecht und mutige Männer sind, die sich nicht kluglich vor der Willkür beugen.

## Eine deutsche Studienkommission nach Rußland?

Wien, 16. Febr. Wie der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ erzählt, wird in Deutschland auf Verlangen hervorragender Persönlichkeiten der Finanzwelt und der Industrie die Entsendung einer Studienkommission nach Rußland vorbereitet. An der Spitze der Kommission werde wahrscheinlich ein bekannter sozialistischer Politiker, der früher der Regierung angehört, stehen. Auch die deutsche Regierung habe dem Gedanken sympathisch gegenüber und werde sich an dessen Ausführung beteiligen. Die Kommission werde vor allem die Aufgabe haben, die Zustände in dem von den Bolschewisten beherrschten Rußland zu studieren, um festzustellen, wie weit die Nachrichten über die Beendigung des russischen Wirtschaftslandes durch die Räteherrschaft auf Wahrheit beruhen. Ferner werde die Kommission natürlich die Möglichkeit einer neuen Aufspaltung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland ins Auge fassen.

Wenn diese Meldung, die zunächst, zumal sie auf dem Wege über Wien zu uns dringt, noch mit einem Fragezeichen versehen werden muß, den Tatsachen entspricht, wäre es nur zu wünschen, daß diese Kommission recht bald in Tätigkeit trete, damit Männer der Industrie und Technik so schnell wie möglich die Grundlagen für ein neues enges wirtschaftliches Verhältnis mit Rußland erforschen dessen Notwendigkeit einen wesentlichen Faktor für unseren Wiederaufbau bilden.

## Für die Akkordarbeit.

Wagner Drahtbericht der „Dressd. Nachrichten“  
Königsberg, 17. Febr. Nachdem der Oberpräsident Wintz in der Angelegenheit der Stilllegung der Schichauwerke in Ostpreußen eingegriffen hat, sind die Schwierigkeiten nunmehr so weit behoben, daß die Wiederaufnahme der Arbeit viele Woche erfolgen kann. Wie die Sachverständigen bekannt gibt, werden nur fleißige und ordnungsliebende Arbeiter, die auch eventuell zur Uebernahme von Akkordarbeiten bereit sind, eingestellt.

Unter Teilnahme der Familien Krupp und v. Bohlen, des Direktoriums der Firma Krupp und zahlreicher gelebter Gäste fand am 14. d. M. in Essen in allerhöchster feierlicher Weise die Auszeichnung der Kruppischen Beamten und Arbeiter statt, die 25 Jahre ununterbrochen bei der Firma tätig sind. Herr v. Krupp hielt an die Jubilare eine Ansprache, in der er vor allem auf die Unmöglichkeit hinwies, die durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

## Bevorstehende Gefährdung der Volks- Ernährung?

Wagner Drahtbericht der „Dressd. Nachrichten“  
Berlin, 17. Febr. In einer gestrigen Sitzung der radikalen Bezirksräte Groß-Berlins wurde mitgeteilt, daß nach angelegten zuverlässigen Informationen die Verabreichung der Brotration die Volksernährung nur bis zum 25. bzw. 31. März sichergestellt habe.

Berlin, 17. Febr. Wie der Berliner Vertreter der „Frankf. Ztg.“ zuverlässig erzählt, ist von der Reichsregierung mit einem holländischen Konsortium ein Vertrag auf Lieferung von 1/2 Million Tonnen Reis abgeschlossen worden. Die Lieferung erfolgt schon von der nächsten Woche ab.

Der Caillaux-Prozeß.  
Paris, 8. Febr. Nach dem „Matin“ sind zum Prozeß Caillaux, der Ende dieser Woche vor dem Obersten Gerichtshof des Senats beginnen wird, 51 Zeugen geladen.